

Leonberg, 13.3.2010

Kommentar zum Unterschied zwischen Liberalen Demokraten und Freien Demokraten

Uns Liberale Demokraten reizt eine Regierungsbeteiligung der FDP ganz besonders.

Wir sehen uns gerade im Liberalen als den politischen Gegner der FDP.

Wir finden täglich Ansatzpunkte für einen Widerstreit.

Unsere Partei „Liberale Demokraten – die Sozialliberalen - LD“ wurde 1982 nach Wende der FDP zur CDU von vielen enttäuschten Sozialliberalen gegründet. Wir vertreten seitdem das Sozialliberale in der Tradition der Freiburger Thesen und von Karl-Hermann Flach. Die LD ist die wirkliche politische Heimat aller Sozialliberalen. Nur mit der LD ist im derzeitigen politischen Spektrum sozialliberale Politik möglich.

Der gravierende Unterschied zwischen Liberalen Demokraten und Freien Demokraten lässt sich gut aufzeigen an der derzeitigen Polemik von Westerwelle und weiteren Vorschlägen von FDP-Politikern.

Westerwelle mag ja glauben, dass er beim Thema Hartz IV (als einziger) die Wahrheit sagt. Man könnte es ihm nachsehen, wenn er nur meint, dass wir uns diese Zahlungen in dem Umfang nicht mehr leisten können. Aber man kann ihm nicht nachsehen, wenn er seine Lösung „Kürzen“ gleich zum Teil der Wahrheit ernennt. Es gibt auch andere Lösungen, nämlich Wohlhabende zugunsten der Armen stärker zu besteuern. Diese „Wahrheit“ würde er wohl nicht akzeptieren, deshalb sollte er sich beim Vermischen von Problem und Lösung zurückhalten.

Seine Aussage „gut leben ohne dafür zu arbeiten ist dekadent“ ist doch wohl am ehesten auf seine wohlhabende Klientel anzuwenden, nämlich dann wenn das Einkommen ein Vielfaches des Durchschnittseinkommens beträgt. Fordert er damit etwa indirekt Abschöpfungssteuern, höhere Steuerprogression oder Vermögenssteuer, um die Dekadenz zu beseitigen?

Im alten Rom wurden nämlich die reichen Nichtsteuerer als dekadent bezeichnet, nicht die Armen.

Mister „Arbeit muss sich wieder lohnen“ übersieht wieder einmal bei seiner Polemik, dass Hinzuverdienst bei „Hartz IV“ angerechnet wird, sich in diesem Bereich Arbeit oft leider nicht lohnt.

Mehr Brutto für Brutto wäre zunächst mal wichtiger als mehr Netto für Brutto.

Die Liberalen Demokraten fordern unbegrenzten Zugewinn, Anrechnung darf es bestenfalls mit Steuerschulden geben.

Sachleistungen statt Geld für die Bildung von Hartz IV Kindern würde die Bürokratie wieder Purzelbäume schlagen lassen. Wie oft bekommt man einen Ranzen oder Turnschuhe? Bessert man die Regelung wieder nach, wenn Kinder von Wohlhabenden den Ranzen ihrer Geschwister auftragen müssen, Hartz IV Kinder aber jedes Jahr und persönlich einen neuen Ranzen bekommen, oder wie wird das geregelt? Oder gibt es eine Second-Hand-Tauschstelle für Hartz IV? Muss der Ranzen zurückgegeben oder teilbezahlt werden, wenn ein Elternteil wieder Arbeit findet oder beide oder,

oder? Oder geht man bei diesen Überlegungen davon aus „einmal Hartz IV immer Hartz IV“? Das würde total der Idee von Hartz IV widersprechen. Das ist doch alles viel zu kompliziert.

Haben die Regelungserfinder von schwarz-gelb eigentlich keine Fantasie?

Lernmittelfreiheit, Schulgeldfreiheit, freie schulnotwendige Transporte, Taschen und Kleidung sollten für alle gelten. Sachleistungen allein mit Bedürftigkeitsnachweis sind ungerecht, aufwendig und nur schwer handhabbar.

Außerdem muss sich schwarz-gelb fragen lassen, ob sie hier nicht ein furchtbares Klassendenken schüren „die da unten, die da oben“. Glauben sie denn wirklich, dass Steuersenkungen auch immer an den Arbeitsplätzen ankommen? Warum schlagen sie für ihre Mittelstandsklientel nicht mit gleicher Polemik vor, dass es statt Steuersenkungen zur Schaffung von Arbeitsplätzen Gutscheine für Sachleistungen gibt wie Computer, Schreibtisch, Werkzeugmaschine, Lohnzuschüsse für wirklich zusätzliche Arbeitsplätze. Nur so ist sicher, dass das Geld an den Arbeitsplätzen auch ankommt und sich die Mittelständler von den Steuersenkungen nicht nur ein schönes Leben machen.

Als Liberale Demokraten erwarten wir, dass man allen Menschen vertraut unabhängig vom Wohlstand, denn nur so kann Demokratie funktionieren.

Völlig absurd ist die neu wieder aufgelegte Forderung, einer Arbeitspflicht für Hartz-IV-Empfänger. Selbst sogenannte geringwertigen Arbeiten nehmen der freien Wirtschaft Aufträge weg, gefährden Arbeitsplätze, oder ersetzen ausreichend bezahlte Arbeitskräfte durch Billiglohnkräfte. Da mit Hartz-IV nicht mehr zwischen arbeitslos und arbeitsunfähig unterschieden wird (Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe sind vereint), müssen also dann Nachweise geführt und geprüft werden zur Arbeitsfähigkeit und Belastbarkeit. Es lebe die Bürokratie, die Staatsschnüffelei. Oder soll die Sozialhilfe abgeschafft, Familien in Armut und Obdachlosigkeit getrieben werden?

Da die Erwerbsarbeitslosigkeit in den nächsten Jahren und Jahrzehnten sehr wahrscheinlich zunehmen wird, ist das Ziel „Erwerbsarbeit für alle“ überhaupt nicht erreichbar. Und wünschenswert ist es wohl eher auch nicht.

Auf jeden Fall wäre es zunächst einmal sinnvoll, wenn alle Hinzuverdienstanrechnungen fallen würden. Warum soll jemand arbeiten gehen, wenn ihm das damit erwirtschaftete Einkommen angerechnet wird. Wo bleibt die Gerechtigkeit, wenn Einkommen für Arbeit angerechnet wird? Ich denke, Leistung soll sich wieder lohnen?

Kein Mittelständler würde einen zweiten Betrieb aufbauen, wenn ihm die dort erzielten Gewinne auf die Gewinne am ersten Standort angerechnet würden. Kein Wertpapierinhaber wird sich den damit errungenen Gewinn auf sein sonstiges Einkommen anrechnen lassen wollen.

Wir Liberalen Demokraten halten ein bedingungsloses Grundeinkommen für alle ohne Anrechnung von sonstigen Einkommen für die wirkliche Lösung. Wer mehr Geld will, muss sich dann um Erwerbsarbeit bemühen, hat dann aber auch wirklich mehr brutto.

Schwarz-gelb wird mit ihrer Arbeitsbeschaffungsmanie um jeden Preis zum Maschinenstürmer, nach dem Motto „lieber billige Arbeit als Automatisieren“. Dazu ein Zitat aus dem polytechnischen Zentralblatt 1896 zur Ablehnung der ersten Anwendung einer Hollerith-Maschine in Deutschland „...wenn unsere Reichsregierung ...dahin zu wirken sucht, dass man den Opfern der Arbeitslosigkeit hilft..., dann widerspricht es unserer Pflicht, eine mechanische Maschine vorzuziehen und vielleicht

eines entbehrlichen Mehrgewinns wegen eine sehr bedeutende Summe jährlich nicht in der Weise zu verwenden, als sie von jenen sozialpolitischen Gesichtspunkten aus verwendet werden müsste“. Das Thema ist nach fast 120 Jahren immer noch aktuell. In diesem Sinne müsste schwarz-gelb darauf hinwirken, dass der Mittelstand mit ersparten Steuern nicht rationalisiert, sondern billige Arbeitsplätze schafft. Da es aber nicht gelingen wird, den Mittelstand zu neuen Arbeitsplätzen zu lebensnotwendig hohen Löhnen aufzufordern, will man die Armen und Schwachen zur Billig-Arbeit zwingen.

Schwarz-gelb überhöht den Sinn von Erwerbsarbeit. Wir Liberalen Demokraten plädieren für mehr Anerkennung ehrenamtlicher Tätigkeiten in Gesellschaft und Familie.

Westerwelle sagt in einem Interview zu Steuersenkungen „...weg vom immer stärkeren Abkassieren derjenigen, die den Karren ziehen“.

Um in der Gegenargumentation bei diesem Bild zu bleiben:

wenn man die starken Pferde ausspannt und zum Fressen führt und stattdessen Ochsen vor die Kutsche spannt, wird man nicht schneller zum Ziel kommen. Der Vergleich soll sagen, dass Arbeitnehmer eben deutlich langsamer zu Vermögen und Steuerleistungen kommen als das Klientel der FDP. Arbeitnehmer haben eben deutlich weniger Möglichkeiten, der Allgemeinheit zu helfen. Deshalb steht ja auch im Grundgesetz „Eigentum verpflichtet“, nicht „Arbeitslohn verpflichtet“.

Westerwelle irrt mit „die Bürger schenken dem Staat die Steuern, nicht der Staat schenkt Steuersenkungen“. Wir schenken dem Staat nichts, ein Geschenk könnte der ja verprassen, sondern der Staat sind wir, wir finanzieren unsere Lebensmöglichkeit in diesem Land nach unseren Möglichkeiten. Geschenke gibt es da in keine Richtung. Wenn der Staat allerdings Schulden macht, dann schenken unsere Kinder und Enkel uns bessere Lebensmöglichkeiten und begrenzen sich damit ungefragt ihre eigenen Lebensmöglichkeiten.

Die Liberalen Demokraten erwarten einen beachtlichen höheren Anteil Wohlhabender an Schuldenabbau und Sozialabgaben.

Statt die Mehrwertsteuer für Hotelübernachtungen zu kürzen, wofür es keinen nachvollziehbaren Grund gibt, hätte besser die Mehrwertsteuer für das Schulessen gesenkt werden sollen, das wäre allen Kindern zu gute gekommen. Aber deren Spendenaufkommen ist vernachlässigbar gering.

Westerwelle sieht es offenbar als seine Aufgabe, innerdeutsche Entscheidungen zu verhindern, die das Verhältnis zu anderen Ländern belasten könnten (Beispiel Diskussion um Frau Steinbach).

Wenn wir uns so ausrichten, dann brauchen wir keinen Außenminister.

Offenbar hat Westerwelle sein Amt nicht verstanden, er soll nicht im Innern, sondern außen wirken. Seine Aufgabe ist, innerdeutsche Entscheidungen im Ausland so zu erklären und so zu vertreten, dass die Beziehungen keinen Schaden nehmen.

Von Bismarck wird ein Wortspiel kolportiert „...Sie sind zwar ein Gesandter, aber kein Geschickter...“. Da könnte man zu Westerwelle ergänzen „...aber ein Ungeschickter...“, weil er im Inneren versucht, sich seine Arbeit zu erleichtern oder überflüssig zu machen, statt in der Welt Deutschland zu vertreten.

Die Julis haben mit ihrem Transparent auf dem Dreikönigstreffen „wir grüßen den polnischen Außenminister“ ins Schwarze getroffen.

Außenminister Westerwelle gibt in der Türkei zum besten, dass sich schwarz-gelb in dieser Regierungsperiode nicht gegen und nicht für den EU-Beitritt der Türkei aussprechen wird. Welch eine feige Meinungslosigkeit nach dem Motto „was auch passiert, die anderen sind Schuld“.

Er mahnt einen Mangel an Demokratie in der Türkei an. Ohne Nennung nachvollziehbarer Gründe ist das innenpolitischer Populismus und eines Außenministers unwürdig. Dieser Außenminister schadet dem Ansehen Deutschlands in der Welt, er ist von diesem Amt nicht nur überfordert, sondern er ist untragbar. Es gibt leider auch in Deutschland Demokratie-Defizite, man betrachte nur das Wahlzulassungsverfahren.

Liberalen Demokraten vertreten eher die Ansicht, dass nachhaltige Durchsetzung demokratischen Verhaltens im Inland mehr Außenwirkung hat als selbstherrliche Kritik.

Auch wenn die Vorwürfe gegen Westerwelle wegen Vetternwirtschaft bei der Besetzung der Wirtschaftsdelegationen bei Auslandsreisen sich nicht als schwerwiegend erweisen, dann ist allein sein Umgang damit geeignet, Deutschlands Ansehen in der Welt zu schaden. Einen solchen Außenminister und Vizekanzler halten die Liberalen Demokraten für untragbar.

Die von Westerwelle geäußerten Inhalte sind schon unerträglich, aber sein Umgang damit ist noch viel unerträglicher. Das fing schon an mit der Deuschtümelei bei der englischen Frage eines Journalisten.

Der Gesundheitsminister Rösler glänzt auch mit unsozialen, unliberalen Vorschlägen.

Da ist einmal der Vorschlag einer einheitlichen Gesundheitsprämie von 150 € für alle, unabhängig vom Einkommen. Einkommen oberhalb der Bemessungsgrenze wurden schon bisher bevorzugt, diese Grenze wird mit der Prämie noch gesenkt, niedrige Einkommen müssen mehr zahlen. Die insgesamt hohen zu erwartenden Mindereinnahmen sollen aus nicht erhöhtem Steuereinkommen getragen werden (bei der Staatsverschuldung?) Weil doch die Wohlhabenden überproportional Steuern zahlen sollen sie deshalb nicht auch noch mehr Krankenversicherungsbeiträge bezahlen. Da wäre es konsequenter, wenn alle Sozial-Beiträge aus Steuern bezahlt werden. Dann wären die Armen entlastet und die Wohlhabenden nicht belastet.

Niedrige Einkommen sollen Zuschüsse beantragen können. Schon wieder Anträge bei Bedürftigkeit, es lebe die Bürokratie, koste es was es wolle.

Die Liberalen Demokraten können sich eher eine Sozialbeitragspflicht für alle Einkommen ohne Bemessungsgrundlage vorstellen, das würde schwache Einkommen entlasten und Wohlhabende kaum stärker belasten, denn sie zahlen schon jetzt freiwillig hohe Beträge an private Versicherungen, entziehen sich aber damit der Solidargemeinschaft.

Schwarz-gelb möchte die Gesundheitskosten von den Arbeitskosten entkoppeln. Ein vernünftiges Ziel, nur der vorgeschlagene Weg, dass alle Abgaben die Arbeitnehmer allein tragen, ist falsch. Sozialliberal wäre, dass Arbeitgeber unabhängig von der Höhe der Arbeitskosten Sozialabgaben leisten, dass also Beiträge der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer entkoppelt werden, aber nicht zu Lasten der Arbeitnehmer.

Völlig absurd ist der neueste Vorschlag, die Pharmaindustrie zu Preissenkungen zu zwingen.

Zum einen machen Medikamente nur 30 % der Gesundheitskosten aus, 10 % Einsparungen würden die Kassen also nur zu 3 % entlasten.

Mit einer solchen der Marktwirtschaft widersprechenden Maßnahme kann man nichts erreichen, die Firmen könnten bei neuen Medikamenten mit dem Preis runtergehen, dafür alte Medikamente verteuern. Der vorgeschlagenen Kosten/Nutzen-Kontrolle wäre damit Genüge getan, die Einnahmen der Pharmaindustrie und die Kosten der Kassen würden sich nicht ändern. Die Frage ist doch auch, ob derartige Preisabsprachen kartellrechtlich überhaupt zulässig sind.

Man stelle sich vor, der Bundesverkehrsminister würde von den Autoherstellern Preissenkungen verlangen, damit die Mineralölsteuer kostenneutral für den Verbraucher erhöht werden kann.

Absurd! Markt ist Markt, der Zweck heiligt eben nicht die Mittel.

Die Liberalen Demokraten – die Sozialliberalen- plädieren natürlich anders als sonst die Freien Demokraten dafür, sehr wohl dem Missbrauch von Marktmacht politisch und rechtlich entgegenzuwirken. Letztlich entscheidet ganz wesentlich der Konsument über Ware und Preis, das sollte auch bei Medikamenten gelten. Nicht die Krankenkassen sind die Konsumenten, sondern das sind die Ärzte und ihre Patienten. Ein aufgeklärtes Miteinander von Ärzten, Apotheken, Kassen und Patienten kann nachhaltig viel mehr bewirken als politisches Muskelspiel.

Die Liberalen Demokraten empfinden die Forderungen der Freien Demokraten überwiegend nicht als liberal, schon gar nicht als sozial, als nicht nachvollziehbar, zu kompliziert und Klientel bezogen. Liberale Demokraten beherzigen die Weisheit „Mittler zwischen Hirn und Händen muss das Herz sein“. Das lässt Westerwelle total vermissen. Die Freien Demokraten „die Liberalen“ sind eben nicht die Liberalen Demokraten - die Sozialliberalen -.

Die Liberalen Demokraten versuchen weiterhin in ihrer politischen Arbeit und Beschlussfassung die Kriterien sozial, liberal, nachvollziehbar, einfach und unabhängig zu erfüllen.

Bernd Grothkopp, Bundesvorsitzender

Liberale Demokraten – die Sozialliberalen - LD